

GRin. Sissi POTZINGER

17.12.2015

## **A N T R A G**

Betreff: Keine Benachteiligung der Stadt Graz beim Bundesfinanzausgleich,  
Petition an BReg.

Die Pflichtausgaben der Stadt Graz werden vor allem im Sozialbereich in den kommenden Jahren massiv ansteigen. Trotz intensivster Bemühungen um die Budgetkonsolidierung seitens des Finanzreferenten der steirischen Landeshauptstadt sind zusätzliche Bundesmittel dringend erforderlich, um den wachsenden Herausforderungen gerecht werden zu können.

Mehrfach wurde vom Grazer Finanzstadtrat DI Dr. Gerhard Rüschi darauf hingewiesen, dass bei der Zuteilung von Finanzmitteln seitens des Bundes über den Finanzausgleich die Stadt Graz im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten, wie Linz, Innsbruck und Salzburg, krass benachteiligt ist. Die über den Bundesfinanzausgleich der Stadt Graz zugewiesenen Budgetmittel sind pro Einwohner um über 100,00 Euro pro Jahr geringer als in den erwähnten vergleichbaren Städten.

Diese Ungleichbehandlung ist auch verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Es ist daher dringend erforderlich, für mehr Gerechtigkeit beim Bundesfinanzausgleich zu sorgen.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

### **ANTRAG:**

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, im Petitionswege an die Österreichische Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die Stadt Graz beim Bundesfinanzausgleich künftig nicht mehr gegenüber vergleichbaren Landeshauptstädten benachteiligt wird.